



Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 8/2002 (15. April 2002)

eMail: sand.im.getriebe@attac.org

Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Markus Schallhas (Attac Österreich) Felix Kolb (Attac Deutschland)

Der Inhalt

1. **Glaubwürdige Alternativen zum globalisierten Kapitalismus. Von Francois Houtart** Bevor man über Alternativen spricht, braucht man gute Analysen über die gegenwärtige Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese ist nämlich viel mehr als das Ergebnis der Technologie; als solche wird sie uns öfter präsentiert, um deren Unvermeidbarkeit zu unterstreichen. In Wirklichkeit ist sie in den Umgestaltungsprozess der Kapitalakkumulation einzuordnen, den wir unter dem Begriff „Washington-Konsens“ kennen.
2. **Mit ATTAC die Zukunft zurückerobern. Manifest 2002. Von Attac Frankreich.** Auch für Frankreich ist 2002 ein Jahr entscheidender Wahlen. Zu dessen Auftakt unterbreitete der französische Zweig der ATTAC-Bewegung am 19. Januar einer sechstausendköpfigen Versammlung im Pariser Konzertsaal „Zenith“ das „Manifest 2002“. Unter dem Motto „Mit ATTAC die Zukunft zurückerobern“ wagen die Verfasser eine ebenso kenntnisreiche wie kühne Synthese der „Globalisierungskritik“, die von Seattle bis Porto Alegre immer weitere Kreise zieht. Was da aus dem Blickwinkel der französischen (Mutter-)Bewegung diagnostiziert, vorgeschlagen und gefordert wird, trägt naturgemäß stark französische Akzente.

1. Glaubwürdige Alternativen zum globalisierten Kapitalismus. Von Francois Houtart

Bevor man über Alternativen spricht, braucht man gute Analysen über die gegenwärtige Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese ist nämlich viel mehr als das Ergebnis der Technologie; als solche wird sie uns öfter präsentiert, um deren Unvermeidbarkeit zu unterstreichen. In Wirklichkeit ist sie in den Umgestaltungsprozess der Kapitalakkumulation einzuordnen, den wir unter dem Begriff „Washington-Konsens“ kennen.

Auf der Ebene des Mechanismus ist diese neue Phase durch die weltweite Integration der verschiedenen Stufen der Produktion und der Distribution an unterschiedlichen geografischen Orten, vor allem dank der neuen Kommunikations- und Informationstechniken, charakterisiert. (Robert Reich, 1993). Dies hat - um Michel Beaud zu zitieren (GEMDEV, 1999, 11) - aus der Globalisierung eine *organische einschließende Bewegung* gemacht. Diese führt zu einer riesigen Konzentration der wirtschaftlichen Macht und ebenfalls zu einem Anwachsen der „Finanzblase“, die durch die Aufgabe der Goldparität begünstigt wird.

Was ihre Funktion betrifft, handelte es sich darum, den Anteil des Privatkapitals an den produzierten Ressourcen gegenüber den Anteilen der Arbeit und des Staates zu verstärken, nach mehr als 30 Jahren einer keynesianischen oder fordistischen Politik in den westlichen Gesellschaften und nach der Verfolgung einer nationalen und populistischen Entwicklung in den meisten südlichen Ländern. Die Produktivitätssenkung im ersten Fall und die Kosten des Technologie- und Know-how-Transfers in zweiten Fall waren entscheidenden Faktoren für einen Orientierungswechsel.

Gewiss erlaubte diese Politik, ein bedeutendes wirtschaftliches Wachstum aufrechtzuerhalten, jedoch ein zerbrechliches, wie die verschiedenen Krisen es gezeigt haben. Sie förderte ebenfalls eine beträchtliche technologische Entwicklung.

Aber sie führte auch zum Machtzuwachs einer Minderheit in der Welt, mit einem schwachen Mitnahmeeffekt für die Mittelschichten und dem Zurückwerfen von Millionen Menschen in die Armut oder in die extreme Armut. Denn angesichts der Produktivitätssenkung in den gesellschaftlichen entwickelten Wirtschaftsbereichen hat das Kapital, um seine Akkumulationsmöglichkeiten zu steigern, eine Offensive gegen die anderen Nutznießer des gesellschaftlichen Produkts geführt, also gegen Arbeit und Staat, mit den wohlbekanntesten sozialen Folgen, vor allem im Süden. Es handelt sich also nicht um irgendeine Globalisierung.

Eine der ideologischen Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht darin, zu behaupten und einzureden, dass es keine Alternativen gibt, dass die Liberalisierung forciert werden muss, um die bestehenden Probleme zu lösen und dass der Markt die wahre regulierende Kraft der Gesellschaft ist. Die offeneren seiner Verfechter erklären, in Übereinstimmung mit den neoklassischen Positionen, dass die Gesetze der Konkurrenz wieder in Kraft gesetzt werden sollen, um die Monopole zu bekämpfen. Einige fügen sogar hinzu, dass wichtige Bereiche der menschlichen Aktivitäten dem Markt nicht überlassen werden dürfen und dass ein Minimum an Staat unabdinglich ist, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Marktes festzulegen, die Bildungs- und Gesundheitsaufgaben wahrzunehmen, kollektive Infrastrukturen zu verwirklichen und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Und schließlich wollen alle übereinstimmend dem besorgniserregend verbreiteten Elend durch Armutsbekämpfungsprogramme und die Mobilisierung der freiwilligen - insbesondere religiösen - Organisationen Abhilfe schaffen.

In diesen Kreisen wird aber die Tatsache nicht eingesehen, dass der Markt eine gesellschaftliche Beziehung ist, die im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems Ungleichheiten schafft und diese auch braucht, um sich zu reproduzieren. Das alles gehört zu seiner ei-

genen Logik: Konkurrenz, Wettbewerb, „der Stärkere gewinnt“, Profitmaximierung, Senkung der Produktionskosten, Flexibilisierung der Arbeit, Privatisierungen... In einer solchen Perspektive tendieren die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Partnern zwangsläufig zur Ungleichheit, hauptsächlich die Beziehung Kapital/Arbeit. Mehr noch, die Marktbeziehung hat die Tendenz, die Norm für alle kollektiven Handlungen der Menschheit zu werden, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Renten, öffentliche Dienste, Gefängnisse....

Wie sollten wir uns also mit den Alternativen befassen?

I. Die theoretische Frage der Alternativen

Die Grundfrage ist, ob es tatsächlich Alternativen zum jetzigen Wirtschaftssystem gibt, der faktisch den ganzen Planeten beherrscht, inklusiv einige sozialistischen Länder, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden.

Wäre es nicht berechtigt, gemäß Adam Smith einzuwerfen, dass der Kapitalismus den Mensch so nimmt wie er ist, während die Alternativen ihn so sehen wie er sein sollte? Anders ausgedrückt, sind die Alternativen angesichts der neuesten Erfahrungen nichts als Utopien?

In der Tat erscheint die Geschichte des Sowjetblocks für viele als der Beweis des Scheiterns von Lösungen für einen Wechsel. Der Realsozialismus ist kein glaubwürdiger Bezug mehr. Daher die ideologische Leere, die dem „Einheitsdenken“ den Platz überlässt. Man fängt obendrein erst jetzt an, die vielfältigen inneren und äußeren Gründe für den Niedergang der Ostblocks zu untersuchen (Eric J. Hobsbawm, 1999, S. 483-517). Andererseits nimmt die *zerstörerische Schöpfung*, die den Kapitalismus gekennzeichnet, globale Dimensionen an und die Widersprüche, die er auf der ökologischen und sozialen Ebene hervorruft, werden im wahrsten Sinne des Wortes immer unerträglicher. In verschiedenen Kreisen, auf vielen Ebenen und in der ganzen Welt sind immer mehr Widerstände zu verzeichnen, die nach Alternativen suchen. Niemand glaubt jedoch, dass eine Änderung in kurzer Zeit einfach durch eine politische Re-

volution stattfinden kann. Durch das Scheitern des Realsozialismus ist zumindest bewusst geworden, dass jeglicher Übergang langen Atem erfordert.

Es ist selbstverständlich viel zu früh für eine Synthese der Alternativvorschläge, ihrer Denkansätze wie ihrer Praxis. Die Faszination des Marktes ist allgegenwärtig. Man braucht nur einen Blick auf China oder auf Vietnam zu werfen, um festzustellen, dass der Markt die letzte Direktive der Kommunistischen Partei geworden ist und dass die Integration in den Globalisierungsprozess als nationales Ziel hingestellt wird. Selbst wenn in diesen Ländern einige eigentümliche Lösungen gefunden werden, um den Markt mit dem Sozialismus zu vereinbaren, das Integrieren dieser Perspektiven in die Politik wird durch die Logik des Kapitalismus überrannt, die wenig Spielraum lässt. Immerhin stellen sich heute gegen die neoliberale Option zwei alternative Strömungen: Der Neokeynesianismus und der Post-Kapitalismus.

1. Der Neokeynesianismus

Diese Orientierung befürwortet in ihrer Theorie die Hinnahme der Marktlogik als Motor der Wirtschaft, jedoch unter der Bedingung, dass das System reguliert wird, seine pervertierten Auswirkungen begrenzt werden und Missbräuche verhindert werden. Dies scheint für viele eine vernünftige und realistische Lösung zu sein.

Als Bezugsmodell dient in diesem Fall die europäische Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, mit ihren sozialen Abkommen zwischen Kapital und Arbeit, und in welcher der Staat die Verteilung der Reichtümer überwacht und schlichtet. In einem gewissen Maße war es auch das Merkmal des Bandungsmodells - ein Begriff von Samir Amin -, d.h. ein nationales und populistisches Entwicklungsprojekt, das die kurz davor unabhängig gewordenen Länder Asiens und Afrikas wie auch Lateinamerika („desarrollismo“) formuliert haben. In diesen Regionen schmiedete sich die Allianz zwischen einer aufkommenden Bourgeoisie und dem organisierten Sektor der Werktätigen in der formellen Wirtschaft um ein Entwicklungsprojekt, wonach die Importe durch eigene Produkte zu ersetzen sind.

Die Idee besteht also darin, die Prinzipien des Keynesianismus weltweit umzusetzen, d.h. das kapitalistische Wirtschaftssystem zu regulieren. Nach dem Ultraliberalismus, der zu einer Deregulierung der Märkte, der Geldflüsse und der Organisation der Arbeit führte und Strukturanpassungsprogramme hervorbrachte, wodurch die Staatsaufgaben demontiert wurden, schlägt das Pendel in die entgegengesetzte Richtung. Die Rahmenbedingungen der Konkurrenz sollen wiedereingesetzt werden und parallel dazu soll man versuchen, die Umweltzerstörung und die sozialen Ungerechtigkeit zu reduzieren. Da heutzutage das Problem sich nicht mehr auf der Ebene der einzelnen Staaten stellt, muss man Mittel für eine weltweite Regulierung finden und zu diesem Zweck die passenden Instrumente aufbauen. Auf dieser Ebene stellt sich nach dem Neokeynesianismus das Problem der Alternativen.

Diese Strömung hat viele Varianten, je nachdem ob die Protagonisten den Akzent auf die Regulierungen mit dem Ziel, den Kapitalismus zu retten, legen, oder ob es darum geht, Schranken zu setzen, deren Aufgabe es wäre, sowohl ein Vorsichtsprinzip (Ökologie) zu respektieren als auch elementare Rechte (die Arbeiter, die Souveränität der Staaten) zu schützen. Zu der ersten Kategorie zählen einige Sprecher des *internationalen Wirtschaftsforums*, der jährlich in Davos stattfindet, oder auch Georges Soros, genialer Spekulant und Wirtschaftsphilosoph, ebenfalls einige führenden Köpfe der Weltbank und des IWF. In der zweiten Kategorie gibt es auch eine große Bandbreite - vom *Dritten Weg* von Tony Blair und Bill Clinton, in Wirklichkeit sehr nah an der ersten Orientierung, bis zu der Sozialdemokratie und den Christdemokraten, die beide eine „soziale Marktwirtschaft“ befürworten.

Alle diese verschiedenen Positionen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die Logik des Kapitalismus nicht in Frage stellen, sondern versuchen, seinen Missbräuchen und Übertreibungen abzuwehren. Der wilde Kapitalismus wird abgelehnt, sei es weil er das System selbst in Gefahr bringt, sei es weil seine ökologischen und sozialen Kosten zu hoch sind. Im ersten Fall stützt man sich auf eine dem System immanente Ethik: Die Spielregeln

müssen respektiert werden, aber damit das System besser funktioniert. Im zweiten Fall verurteilt man mehr oder weniger streng die perversen Auswirkungen des Systems, die vor allem dem Verhalten der Wirtschaftsakteure zugeschrieben werden, denen Regeln vorzuschreiben sind und die besser kontrolliert werden sollen. Die Ethik besteht dann darin, an das Gewissen der Akteure zu appellieren und ein Regelwerk für das Funktionieren der Wirtschaft einzusetzen. Die soziale Doktrin der Kirche reiht sich offensichtlich da ein.

2. Der Postkapitalismus

Hier stellt man sich die Organisation der Wirtschaft auf anderen Grundlagen als auf denen des Kapitalismus vor, bzw. der Marktwirtschaft, wie es heute genannt wird, weil es zivilisierter klingt (nach Milton Friedmann, Nobelpreisträger für Wirtschaft, ist es das Gleiche). Also wird die Logik des Kapitalismus in Frage gestellt, d.h. einer Wirtschaft, die sich auf sich selbst bezieht bzw. eine Aktivität ist, die durch Profitmaximierung eine Akkumulation schaffen kann, die Quelle der produzierenden Aktivität und also des Wachstums ist. Dieser Vorstellung stellt der Postkapitalismus eine andere Definition der Wirtschaft entgegen: Es handelt sich um eine Aktivität, die die materiellen Grundlagen des physischen und kulturellen Wohlstands aller Menschen sichert.

Während die erste Definition den Einsatz der Individuen hervorhebt, deren Summe - nach dieser Vorstellung - die Gesellschaft bildet, unterstreicht die zweite die Tatsache, dass die Wirtschaft eine kollektive Konstruktion ist und erinnert daran, dass der Markt eine gesellschaftliche Beziehung ist. Es handelt sich also um eine grundlegendere Kritik als die neokeynesianistische Position; sie mündet zwangsläufig in radikalere Alternativvorschläge. Dies sollte genauer untersucht werden, bevor man sich der Frage der Glaubwürdigkeit widmet.

Sicher gibt es unter den Protagonisten des Postkapitalismus viele Unterschiede. Man findet dort eine revolutionäre Linke, die der Meinung ist, dass die Machtübernahme der Schlüssel zu einem schnellen und radikalen Wechsel ist. Man findet dort auch diejenigen,

die seltsamerweise „Konservative“ genannt werden und die in den postsozialistischen oder noch offiziell sozialistischen Ländern eine Rückkehr zu den sowjetischen Lösungen, gar zum Stalinismus befürworten, als Versuch, das mafiöse Chaos des entfesselten Marktes, wie es zum Beispiel in Russland erfahren wird, zu beschwören oder zu vermeiden.

Die Mehrheit der anderen nimmt jedoch an, dass der Übergang zu einem alternativen Wirtschaftsmodell langen Atem erfordert.

Heute werden ernsthafte theoretische Anstrengungen gemacht. Sie schließen in einem früher undenkbar Dialog marxistische Denker aus verschiedenen Strömungen, Linksinтеллектуelle unterschiedlicher Herkunft, Freidenker und Gläubige ein. Die theoretische Recherche steht noch am Anfang, aber sie ist in Gang gesetzt. Das beweisen solche Ereignisse wie die Feierlichkeiten zum 150ten Jahrestag des Kommunistischen Manifests, an dem 1500 Intellektuelle aus den fünf Kontinenten teilnahmen, oder auch die Existenz mehrerer Zeitschriften, die diese Themen behandeln.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, alle angedachten Perspektiven darzustellen. Diesbezüglich hat Lucien Sève in seinem Werk *„Commencer par les fins“* einen wichtigen Beitrag geliefert. Er untersucht unerbittlich die Niederlagen des Realsozialismus, aber er setzt sich auch für eine theoretische Reflexion ein, die nicht einfach mit der Vergangenheit bricht und die es ermöglicht, einen intellektuellen Prozess fortzusetzen, der es wagt, sich dem Kapitalismus von einer radikalen Perspektive aus entgegenzustellen. *„Den Kapitalismus überwinden bleibt im eigentlichen und stärksten Sinne des Wortes eine Revolution, das heißt eine radikale Umwälzung der bestehenden Ordnung.“* (Lucien Sève, 1999. S. 97). Er betont die Notwendigkeit einer theoretischen Reflexion für das Handeln.

Einige werden sagen, es handelt sich um eine Utopie. Die Befürworter dieses Projektes nehmen sie beim Wort, geben jedoch diesem Wort eine andere Bedeutung: Wie Paul Ricoeur es entwickelt, ist es eine *notwendige Utopie*, d.h. ein Ziel, das zeitlich nicht definiert ist, aber die kollektiven Bestrebungen

zusammenfasst. Unter dieser Bedingung ist Utopie nicht mit unausführbar gleichzusetzen. Aber die Theorie kann nicht da stehen bleiben. Sie muss sich auch mit den Ergebnissen der sozialen und ökonomischen Analyse beschäftigen, so dass sie über die Erfahrungen der Vergangenheit berichten kann und die vielfältigen gegenwärtigen Widerstände gegen das kapitalistische System bewerten kann. Diese sind in der Tat nicht alle gegen das System gerichtet und auch nicht unbedingt dazu geeignet, mögliche alternative Aktionen zu formulieren, was erneut auf die Notwendigkeit hinweist, Kriterien zu deren Einschätzung zu entwickeln.

Eine konkrete Alternative wird nicht allein dadurch glaubwürdig, dass sie funktioniert. Sie muss sich in einen breiteren Zusammenhang einordnen können und eines der Elemente zum Aufbau des Endzieles bilden. Sonst wird sie rasch zu einem Element des bestehenden Systems, da dieses eine ungeheuerere Fähigkeit besitzt, sich anzupassen und einzuverleiben. Daher die Bedeutung der Theorie für die Entwicklung von Alternativen.

Für diese Denkrichtung ist es also ganz klar, dass die Alternativen Bestandteil der Überwindung des Kapitalismus, nicht seiner Umgestaltung sind. Ein solches Vorgehen setzt auch eine ethische Beurteilung voraus. Wie wir es schon ausgeführt haben, schreiben die Anhänger des Neoliberalismus ganz groß auf ihre Tafeln zum einen die Förderung der individuellen Initiative, die ihres Erachtens den Menschen aufwertet, zum anderen das Zusammenwirken von widersprüchlichen Interessen, die sich auf dem Markt neutralisieren, was seine selbst regulierende Rolle bestätigt. Einige gehen sogar noch weiter, wie Michael Novak, der in den USA die Vorstellung verteidigt, dass der Kapitalismus die Organisationsform des Marktes sei, die dem Evangelium am nächsten sei, da sie Respekt der Person mit Gemeinwohl verbinden würde, oder auch Michel Camdessus, der frühere Direktor des IWF, der eine Woche vor seinem Rücktritt auf dem Symposium von *Pax Romana* in Washington erklärte, der IWF würde ein der Elemente zur Schaffung des Reiches Gottes bilden.

Die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, erfordert also ethische Grundlagen für die Suche nach Alternativen. In dem Maße, wie man diesem seine Legitimation streitig machen kann, ist es möglich, eine öffentliche Meinung zu mobilisieren und Aktionen zusammenzuführen. In der postkapitalistischen Perspektive geht es um mehr als eine simple Verurteilung der Übertreibungen. Um langfristig zu bestehen, braucht jedes System und insbesondere das kapitalistische System kritische Instanzen, die es ihm ermöglichen, die Störungen in seinem Funktionieren zu beheben. Darum sind selbst radikale Reaktionen, die seine theoretischen Grundlagen nicht in Frage stellen, schließlich dem System dienlich.

Der Postkapitalismus spricht dem Kapitalismus jegliche Legitimation ab, nicht zuerst aus moralischen Gründen, sondern indem er auf dessen Unfähigkeit hinweist, die Mindestanforderungen der Wirtschaft zu erfüllen, die als ein Räderwerk der Gesellschaft definiert wird, das die materielle Sicherheit aller Individuen und aller Völker gewährleisten sollte. Dies zeigt glasklar die Verteilung der Einkommen in der Welt, die in der Graphik vom UNDP durch die Form einer Schale abgebildet wird. Karl Polanyi, ein amerikanischer Ökonom ungarischer Herkunft, hatte es wohl verstanden, als er erklärte, dass der Kapitalismus die Wirtschaft aus der Gesellschaft herausgezogen und daraus eine eigene Entität gemacht hatte. Darüber hinaus muss man hinzufügen, dass der Kapitalismus dazu tendiert, seine Gesetze allen gesellschaftlichen Aktivitäten der Menschheit aufzuzwingen. Das langfristige Projekt besteht also darin, die Wirtschaft in die Gesellschaft wieder zu integrieren und aus diesem Grund wagt dieser Autor sogar, die moralische Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu verkünden. (Karl Polanyi, 1995)

Für die postkapitalistische Strömung reiht sich also die ethische Reaktion angesichts der Übertreibungen in eine globalere Anschauung ein, denn diese sind weder einfache Störfälle in seinem Verlauf noch das Ergebnis von individuellen Perversionen. Die postkapitalistische Analyse betrachtet sie als dem System zugehörig, was schon durch die Tatsache leicht

bestätigt wird, dass die gleichen ökonomischen Akteure des „zivilisierten Kapitalismus“ inklusiv die des so genannten *Rheinischen* Kapitalismus die Verfechter eines wilden Kapitalismus im Süden oder auch in Osteuropa sind. Die Maximierung des Profits oder das Gesetz der Konkurrenz kennen nur die Grenzen, die ihnen durch die Kräfteverhältnisse auferlegt werden. In dem Maße wie der Kapitalismus auf organisierte Widerstände trifft, weicht er zurück, ohne jedoch auf den Einsatz von Unterdrückung, Gewalt, politischen Diktaturen oder sogar Krieg zu verzichten, um seine Interessen zu verteidigen.

Gemäß dieser Sichtweise soll eine andere Globalisierung, die der Widerstände und der Kämpfe aufgebaut werden (F. Houtart und F. Polet, 1999). Denn gegenüber der Globalisierung des Kapitals findet man eine Zersplitterung der Volksbewegungen oder der Organisationen zur Verteidigung von verschiedenen Rechten, welche durch die Vielfalt der geographischen Orte und der gesellschaftliche Bereiche bedingt ist. Nur ein Zusammenkommen wird es ermöglichen, eine neue Kraft aufzubauen. Trotz ihrer Unzulänglichkeiten ist die Aktion gegen die WTO in Seattle ein Beginn gewesen.

Die technologischen Fortschritte und die ökologischen Fragen haben auch ihren Platz in der postkapitalistischen Anschauung. Jene erscheinen nicht wie ein Selbstzweck, noch weniger als ein Mittel zur Profitmaximierung, sondern als ein Mittel, die Lage der Menschen auf dem gesamten Planeten zu verbessern. Daher werden die sozialen Bedingungen der Technologieentwicklung (die menschlichen Kosten), ihre Rolle in dem ökonomischen System (Arbeit vernichten oder die Arbeitsbedingungen verbessern), die Verteilung ihrer Vorzüge in den Gesellschaften (einer Minderheit vorbehalten oder allen zugänglich gemacht), die ethischen Merkmale ihrer Anwendung (Biotechnologie) und ihre Folgen für die natürliche Umwelt (CO₂ usw.) in Betracht gezogen.

Was die ökologischen Faktoren anbetrifft, richtet sich darauf besonders die Aufmerksamkeit. Wenn schon vor anderthalb Jahrhunderten Marx gesagt hatte, dass der Kapitalismus die beiden Quellen seines Reichtums, die

Natur und die Menschen, zerstört, stellt man jetzt fest, dass die sozialistischen Regimes den Erfordernissen der Ökologie wenig Beachtung geschenkt haben. Mehr denn je, sagen die Befürworter einer postkapitalistischen Lösung, verlangt das Vorsorgeprinzip, die Nutzung der Natur der Logik des Marktes zu entziehen und diese in einem Rahmen, der nur weltweit sein kann, einzubinden.

Und weil schließlich der Markt eine gesellschaftliche Beziehung ist, setzt sich das Recht des Stärkeren in vielen Fällen durch. Selbst wenn in der jetzigen Konjunktur die Hauptzentren des Kapitalismus in den USA, Europa und Japan zu finden sind, die zusammen über viele ökonomische, wissenschaftliche und strategische Monopole verfügen, befindet sich die militärische Macht, die das System sichert, in den Händen der USA. Thomas Friedmann, Berater der Staatssekretärin Madeleine Albright, schrieb in dem New York Times Magazine vom 28. März 1999 einen Artikel mit der Überschrift. „Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika nicht zögern, wie die unbesiegbare Supermacht, die sie in Wirklichkeit ist, zu handeln“. Er fügte hinzu: „Die unsichtbare Hand des Marktes wird niemals ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. McDonald kann nur mit Hilfe von McDonald Douglas, dem Hersteller der F-15, expandieren. Und die unsichtbare Faust, die weltweit die Sicherheit der Technologien von Silicon Valley gewährleistet, heißt die Armee, die Luftwaffe, die Marine und der Marinecorps der USA.“ (Thomas Friedmann, 1999, 61) Einer solchen Erklärung sollte man zumindest Ehrlichkeit attestieren.

Die Gegnerschaft zu der amerikanischen Hegemonie und dabei insbesondere die Kritik an der NATO sind unter diesem Blickwinkel zu sehen (Samir Amin, 1999). Diese hat sich bezüglich des Kosovo-Krieges geäußert, als Ergebnis einer Analyse, die weiter als die unmittelbare Zeit geht und sich in der globalen Perspektive des Postkapitalismus einreicht. Der Beginn der Institutionalisierung der europäischen Verteidigung nach diesem Krieg zeugte ein gewisses Bewusstsein der Widersprüche innerhalb dieser Triade und weist auch auf die Möglichkeit einer Alternative hin.

II. Die konkreten Alternativen

Beide eben vorgestellten Vorhaben schlagen Alternativen vor. Das erste - neokeynesianische Orientierung - hat dabei zum Ziel, den Kapitalismus zu humanisieren und das zweite will ihn überwinden. Von Alternativen zu sprechen ist also ambivalent, je nach dem, ob es sich um Alternativen *innerhalb* der kapitalistischen Wirtschaft oder ob man für Alternativen *zum* kapitalistischen System eintritt. Beide haben eine Theorie, bauen eine Ethik auf, nähren Widerstände und schlagen konkrete Schritte vor. In vielen politischen Punkten treffen sie sich, treten für bestimmte Regulierungen ein, wie die der internationalen Finanzflüsse zum Beispiel, aber die Grundphilosophie ist sehr verschieden. Man darf sich nicht täuschen. Viele soziale und gar kulturelle Faktoren tragen dazu bei, sie von einander zu trennen.

Beide Anschauungen sprechen heute von Alternativen im Plural, aber in unterschiedlichem Sinne. Für die einen gibt es keine globalen Ziele mehr, diese bergen in sich nur die Gefahr einer Rückkehr zu einem „Einheitsdenken“, aber es gibt umgekehrt eine Reihe von konkreten Lösungen, die es ermöglichen, glaubwürdige Alternativen zu der gegenwärtigen Situation, die als unerträglich gilt, darzustellen. Diese Überlegungen stehen dem Neokeynesianismus am nächsten. Für die anderen sind die konkreten Alternativen nur glaubwürdig, wenn sie im Rahmen einer allmählichen Ersetzung des kapitalistischen Systems stattfinden, also als Etappen in einem unausweichlich langen Übergang. Hat der Kapitalismus denn nicht vier Jahrhunderte gebraucht, um die materiellen Grundlagen seiner Reproduktion zu schaffen - die Industrialisierung und die Arbeitsteilung? Es ist also ganz normal, dass eine andere Produktionsweise auch Zeit braucht, um sich aufzubauen. „*Das Problem des Sozialismus*“, sagte Maurice Godelier, „*besteht darin, dass er das Laufen mit den Beinen des Kapitalismus lernen musste.*“ Die neue technologische Revolution könnte dazu beitragen, die Lage zu verändern, aber selbstverständlich wird es nicht automatisch geschehen.

Bevor wir auf die einzelnen Bereiche eingehen, für die zur Zeit glaubwürdige Alternati-

ven entwickelt werden, möchten wir drei Anmerkungen machen:

Erstens können die Alternativen, die von gesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden, nur daraus entspringen, dass der bestehenden Lage, also dem realen Kapitalismus, die Legitimation abgesprochen wird. Dieser Schritt ist unerlässlich. Mit anderen Worten muss man die Vorstellung zerstören, wonach es keine Alternativen gibt. In dem Maße, wo eine solche Überzeugung vorherrschend bleibt, wird keine andere Lösung als glaubwürdig gelten und das Spiel ist im Voraus entschieden. Daher die bedeutende Rolle der moralischen Instanzen sowohl für diejenigen, die das vorhandene ökonomische System reformieren wollen als auch für die, die es ersetzen wollen.

Zweitens ist daran zu erinnern, dass der Markt eine gesellschaftliche Beziehung ist und dass unter dem Vorzeichen der Globalisierung seine Veränderung nur im Rahmen eines neuen Gleichgewichts stattfinden wird, was ein Zusammenwirken der Widerstände und der Kämpfe auf der gleichen Ebene erfordert. Es sind nicht nur einfach Wirtschafts- oder Verwaltungstechniken einzusetzen, um das ökonomische System und seine sozialen, politischen und kulturellen Auswirkungen zu verändern. Aktionen mit einer Reihe von sozialen und politischen Forderungen sind also notwendig, um die Alternativen in Gang zu setzen.

Drittens ist anzumerken, dass ein System zu verändern ist (also anzupassen bzw. zu ersetzen, je nach der Perspektive); das Addieren von Alternativen, seien sie noch so vielfältig, wird zur Verwirklichung dieses Ziels nicht ausreichen. Es gibt jedoch viele Orte und eine Vielzahl an Akteuren, wahrscheinlich viel mehr als vor einem halben Jahrhundert. Heute sind alle Bevölkerungen der Welt direkt oder indirekt in die gesellschaftlichen Beziehungen des Kapitalismus einbezogen, sei es direkt durch das Verhältnis Kapital/Arbeit oder die Lohnarbeit, sei es indirekt durch eine große Zahl von anderen Mechanismen wie z.B. die Festlegung der Preise der Agrarprodukte für den Export und der Rohstoffe, die Mechanismen der Auslandsverschuldung, die Öffnung der Märkte, die Wechselkursfreigabe oder die

Finanzspekulation. Wie kann man in der Tat nicht nur die Existenz von über 20 Millionen Arbeitslosen in Ost- und Südostasien erklären, Folge der Banken- und Finanzkrise, sondern auch die Tatsache, dass die dalits (Unberühmbaren) in Indien sich auflehnen und es Kastenkämpfe, keine Klassenkämpfe gibt, gerade zu dem Zeitpunkt, wo das Land die Öffnung der Wirtschaft gemäß der den Prinzipien des Liberalismus verordnet, was unter anderem die Abschaffung der Hilfsmittel zur Grundernährung bedeutet, oder auch die Revolte der Chiapas in Mexiko, gerade zum Zeitpunkt, wo der Freihandelvertrag mit den USA - NAFTA - in Kraft tritt? Wie kann man die soziale Radikalisierung der feministischen Bewegungen im Süden verstehen, wenn man sie nicht in Beziehung zu der Feminisierung der Armut setzt? Man könnte noch viel mehr Beispiele anführen.

Die konkreten Alternativen (in Plural) können also entweder als Geländer für das System, ohne dass dieses in seiner Grundlogik in Frage gestellt wird, betrachtet werden, oder als Meilensteine auf dem Weg zu dessen Überwindung. Es stimmt schon, dass konkrete Vorschläge manchmal bis auf Nuancen übereinstimmen und sogar identisch erscheinen. Die Regulierung der internationalen Finanzflüsse schlagen sowohl George Soros als auch ATTAC, die Bewegung französischer Herkunft für die Tobin-Tax vor. Aber zwischen diesen beiden Polen, einerseits der amerikanische Finanzier, andererseits die Initiative von Le Monde Diplomatique, gibt es mehr als Nuancen. Die Endziele sind entgegengesetzt. Der erste will den Kapitalismus retten und erklärt es sehr offen, der zweite, selbst wenn in ihm verschiedenen Strömungen vertreten sind, will ihn überwinden.

Um das Problem der glaubwürdigen Alternativen anzugehen, muss man drei Ebenen berücksichtigen: die der Utopie, die der mittelfristigen Ziele und die der konkreten Maßnahmen. Auf diesen drei Ebenen sind heute viele Ideen, Vorschläge und Versuche zu verzeichnen.

1. Die Ebene der Utopien

Es sei zuerst daran erinnert, dass es sich bei einer Utopie nicht um eine Illusion, sondern

um ein mobilisierendes Projekt handelt. Dieses kann nicht allein ein Geistesprodukt sein. Es muß seine Wurzeln in der Wirklichkeit haben, die für deren Akteure durch die räumlichen und zeitlichen Zwänge bestimmt wird. Wir werden hier nicht die neoliberale Utopie darstellen, die der erste Direktor der WTO so beschreibt: Schon im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts würde man das Ende jegliches Elends der Welt und die Verwirklichung des Glücks für die gesamte Menschheit erleben, unter der Bedingung, dass die gesamte Wirtschaft liberalisiert wird. Gerade weil vergessen wird - vielleicht nicht unabsichtlich -, dass der Markt eine gesellschaftliche Beziehung ist, ist diese Position illusionistisch.

Beide Orientierungen, der Neokeynesianismus und der Postkapitalismus, lehnen es ab, die Utopie mit einer mythischen Zukunft gleichzusetzen; sie unterscheiden sich sehr in der Definition des Endziels. Die erste stellt sich einen regulierten Markt vor, der Bestimmungen gehorcht, die von außen festgelegt wurden und durch die öffentliche Gewalt gewährleistet werden, eine Position, die durch einige Aspekte sehr stark der der Neoklassiken ähnelt, welche vor allem bestrebt sind, die Bedingungen der Konkurrenz wieder einzurichten; dies erklärt vielleicht die Annäherung zwischen den sozialen Liberalen und den Sozialisten des *Dritten Wegs* erklärt.

In der Sicht der postkapitalistischen Strömung hingegen soll die Logik des Kapitalismus gekippt und neue Regeln für das wirtschaftliche Spiel sollen etabliert werden: Die Ersetzung des Profitbegriffs durch den Bedarfsbegriff, die Beachtung der sozialen Beziehungen in dem Produktionsprozess und bei der Entwicklung der Technologien, die demokratische Kontrolle, nicht nur der politischen Entscheidungen, sondern auch der ökonomischen Aktivitäten, der Konsum als Mittel und nicht als Ziel, der Staat als technisches Organ und nicht als Unterdrückungswerkzeug usw. Mit Hilfe solcher Kriterien bewertet diese Strömung die Erfahrungen mit dem realen Sozialismus, um herauszufinden, was nicht funktioniert hat und warum.

Die Ebene der Utopien muss zu der Erstellung von Programmen führen, es ist also ein weiterer Schritt zu machen. Wie wir es schon aus-

geführt haben, beide Strömungen, die der neoliberalen Phase der kapitalistischen Akkumulation nicht zustimmen, schlagen kurz- und mittelfristigen Alternativen vor, die ziemlich oft sich ähnlich sind. Also werden wir vor allem auf die Überstimmungsmomente eingehen.

2. Die mittelfristigen Alternativen

Wenn wir den Ausdruck "mittelfristig" benutzen, erwähnen wir allgemeine Ziele, die als erreichbar eingeschätzt werden; entweder werden diese in viele konkretere Vorschläge übersetzt, die in den kurzfristigen Alternativen aufgegriffen und je nach den Möglichkeiten realisiert werden, oder sie erfordern einen langwierigen Kampf angesichts der starken Gegenkräfte. Wir werden jetzt deren beide wichtigsten Bereiche beschreiben: Zum einen die ökonomischen Alternativen und ihre gesellschaftlichen Dimensionen, zum anderen die politischen Alternativen.

a) Die ökonomischen Alternativen und ihre gesellschaftlichen Dimensionen

Das erste Ziel einer mittelfristigen Alternative auf dem ökonomischen Gebiet ist *eine andere Gestaltung des globalisierten Austauschs*. Die Widersprüche zu der Globalisierung betreffen nicht die Universalität der Transaktionen, sondern die Art und Weise, wie sie im Kapitalismus stattfinden. Dies wurde in Seattle und in Bangkok ausgeführt. Einige Sektoren der zwischenmenschlichen Aktivitäten müssen außerhalb der Marktlogik bleiben, sonst verlieren sie ihren Sinn. Das ist der Fall für die Kultur, die Bildung und die Kommunikationsmittel. Die Öffnung der Märkte muss den schwachen Wirtschaften Handlungsspielräume geben. Die Freizügigkeit kann nicht nur für das Kapital und die Güter gelten, sondern soll auch Personen zuerkannt werden. Die spekulativen Aktivitäten, die die Weltwirtschaft beherrschen, müssen kanalisiert werden, wenn schon nicht vollständig abschafft werden usw. Für alle diese Punkte wurden Vorschläge entwickelt.

Die gegenwärtige Globalisierung begünstigt außerdem sowohl die Interessen der stärkeren Nationen als auch die multinationalen Firmen, die einen Prozess der Konzentration durchleben. Die regionalen ökonomischen Zusam-

menschlüsse stellen eine andere Art und Weise dar, sich in die Globalisierung einzuordnen. Sie entsprechen nämlich zwei alternativen Perspektiven. Einmal werden sie allmählich den Bedürfnissen der Bevölkerungen besser entsprechen können, indem sie den internen Austausch erweitern, zum anderen bilden sie eine solidere Verhandlungsbasis in einer globalisierten Wirtschaft; somit schaffen sie einen Ausgangspunkt für eine zukünftige ökonomische und politische Vielfalt, im Gegensatz zu der jetzigen Unipolarität der Triade Europa - Japan - USA, die unter der Hegemonie der letzten steht.

Um die Nord-Süd-Beziehungen, ein weiterer Aspekt der gegenwärtigen Globalisierung, zu verändern, *sollten die Hindernisse zu der Entwicklung der abhängigen Wirtschaften aufgehoben werden*, indem die Orientierung der Finanzströme umgedreht wird, die jetzt zu den entwickelten Wirtschaften auf Grund ihres Gewichts in den internationalen Beziehungen fließen. Es handelt sich um folgende Hindernisse: Schwankungen der Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte, Konkurrenz der Agrarüberschüsse, Zuliefererstrukturen und Freihandelszonen mit ihren äußerst strengen steuerlichen und sozialen Bedingungen, die Bedeutung des Schuldendienstes, die Forderungen der ausländischen Investoren, die Wucherzinssätze der kurzfristigen Geldanlagen (Schwalbenkapitalgelder), die Flucht des lokalen Kapitals zu Orten, die eine höhere Rentabilität gewähren usw. In all diesen Bereichen werden Lösungen vorgeschlagen und einige werden schon teilweise umgesetzt oder debattiert.

Ebenfalls die Globalisierung betreffend, sind schließlich auch die *Reduzierung des Waffehandels* und seine strenge internationale Kontrolle weitere mittelfristige Ziele der Alternativen. Es wird auch angestrebt, dass die Kontrolle des Verbots von Massenvernichtungswaffen in den Händen einer wirklichen internationalen Instanz liegt und nicht allein von einigen Nationen abhängt, die die Weltordnung beherrschen. Es gibt schon Vorschläge in diesem Sinne und sie sind in dem Maße glaubwürdig, wo daraus ein politischer Wille abgelesen werden kann. Nach dem Ende des Kalten Kriegs hat man von den "Friedensdi-

videnden" gesprochen. Diese Vorstellung, die ansatzweise verwirklicht wurde, könnte ausgedehnt werden.

Da die Alternativen eine Veränderung oder eine Ersetzung des jetzt weltweiten Kapitalismus bedeuten, sollte man sich nicht nur mit seiner räumlichen Ausdehnung beschäftigen, sondern auch mit seiner Logik, die weltweit wirkt. In diesem Bereich geht es um *die Schranken, die der Marktlogik gesetzt werden*. Niemand unter denjenigen, die Alternativen vorschlagen, denkt daran, den Markt abzuschaffen, denn wenn dieser eine gesellschaftliche Beziehung darstellt, könnte er auf der Grundlage von einer echten Gegenseitigkeit aufgebaut werden. In diesem Sinne öffnet die Entwicklung einer sozialen Wirtschaft, selbst wenn ihre Möglichkeiten durch die jetzigen Rahmenbedingungen stark eingegrenzt sind, den Weg zu vielen Lösungen, auch zu dem Besitz der Produktionsmittel durch die Produzenten. Konkret zeigt sich dieses am Ausbremsen von Firmenkonzentrationen, die den nationalen Gesetzen nicht unterworfen sind, oder auch am Stoppen der vielfältigen Privatisierungen, positiv an der Aufwertung der Bereiche außerhalb des Marktes, als realer Beitrag zu dem Reichtum der Nationen. Das alles ist Gegenstand von konkreten Forderungen mehrerer sozialer Bewegungen.

Den Produktions- und Verteilungsprozess, der in der jetzigen neoliberalen Phase wegen des Rentabilitätskriteriums eine beträchtliche Deregulierung erfährt, zu reorganisieren gehört auch zu den mittelfristigen Alternativen. Es betrifft vier Sektoren:

Zuerst die Aufwertung des produktiven Kapitals gegenüber dem Finanzkapitals, damit die relative Abnahme des ersten gestoppt wird und der spekulative Charakter des zweiten reduziert wird.

Zum zweiten eine kritische Anwendung der Technologien, um zu vermeiden, dass die Rentabilität das alleinige Kriterium ihrer Entwicklung und Anwendung bildet, indem andere Parameter wieder eingeführt werden, wie der Wohlstand der Menschen, die Würde der Personen, der Respekt vor der Natur.

Drittens soll die Arbeit neu definiert werden. Sicher wird sie durch die neuen Technologien

gründlich modifiziert. Andere Parameter als die wilde Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Unternehmen, welche Flexibilisierung der Arbeitszeit, Individualisierung der Werktätigen, Kinderarbeit, Druck auf die Kosten für die soziale Sicherung oder die Sicherheit der Arbeitsstätten usw. mit sich bringt, sollten die Neuorganisation der Arbeit bestimmen.

Zuletzt muss man den ökologischen Faktor erwähnen, deren Erfordernisse immer stärker anerkannt werden. Kurzfristig könnte es sein, dass dieser am besten in der Lage sein wird, Alternativen zu der kapitalistischen Logik durchzudrücken, denn es ist nicht möglich, die Dinge so weiter laufen zu lassen, also für einen kurzfristigen Profit die Ausbeutung der nicht erneuerbaren Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt in Kauf zu nehmen.

Allgemeiner kann man sagen, dass diese verschiedenen alternativen Ziele sich in das einreihen, was Polanyi *"die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft integrieren"* benannt hat, indem man sie den sozialen und ökologischen Erfordernissen unterordnet. Die UN-Gipfel in Kopenhagen und in Rio (Agenda 21) zeigen, dass es nicht reine Illusion ist, selbst wenn die konkreten Ergebnisse noch sehr enttäuschend sind. Erinnern wir jedoch daran, dass die Interpretation dieser mittelfristigen Ziele anders ist, je nach der Perspektive - neokeynesianische oder postkapitalistische - und dass dies auch auf die zu ihrer Verwirklichung vorgeschlagenen Wege wirken kann.

b) Die politischen Alternativen

Die ökonomischen Alternativen können schwer verwirklicht werden ohne politische Alternativen. Die gegenwärtige Globalisierung gibt in der Tat dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eine vorherrschende Machtstellung, d.h. eine ungeheure Fähigkeit, seine Normen dem kollektiven Leben aufzuerlegen. Das Gegengewicht kann nur politisch sein, im weitesten Sinne des Wortes. Daher eine Reihe von mittelfristigen Zielen. Weltweit handelt es sich darum, vor allem die internationalen Organisationen zu stärken und sie zu demokratisieren. Das betrifft sowohl den Sicherheitsrat in seiner Rolle, den Frieden zu bewahren, als auch spezialisierte Organisationen der Vereinten Nationen. Was die Or-

ganisationen anbetrifft, die als Ergebnis der Bretton Woods Konferenz entstanden sind (Weltbank, IWF und vor kurzem die WTO) und zu wirkungsvollen Instrumenten des Washington-Konsens geworden sind, so wird ernsthaft in Erwägung gezogen, sie zu ihrer Ursprungsaufgabe zurückzuführen, d.h. das weltweite Wirtschaftssystem nach anderen Kriterien als einfach der Rentabilität des Kapitals zu regulieren. Das alles geht einher mit der Wiederherstellung des Staats in seiner Rolle als Garant der sozialen Ziele und der ökologischen Bemühungen, mit der Verstärkung seiner technischen Effizienz und der Zunahme der demokratischen Kontrolle auf allen Ebenen.

Die Verwirklichung dieser alternativen mittelfristigen Ziele hängt international von drei wesentlichen Faktoren ab: Zusammenführen der Widerstände gegen den Kapitalismus und der sozialen Kämpfe auf allen Ebenen, politischer Wille seitens der Staaten und Entwickeln eines internationalen Rechts. Man kann sogar behaupten, dass gerade die Dynamik dieser drei Faktoren es ermöglichen wird, diese Alternativen zu verwirklichen.

Im ersten Fall wird zurzeit eine Vernetzung der sozialen Bewegungen aufgebaut und werden gemeinsame Aktionen organisiert. 1999 haben symbolische Ereignisse ihre Existenz offenbart, zum Beispiel *"Das andere Davos"*, das fünf wichtige soziale Bewegungen aus den fünf Kontinenten zusammengebracht hat, um zu unterstreichen, dass man die Weltwirtschaft anders als dem Markt untergeordnet konzipieren kann, oder auch in Seattle die gemeinsamen Aktionen der Werktätigengegewerkschaften - insbesondere amerikanische - und der sozialen Bewegungen verschiedener Bereiche und aus verschiedenen Teilen der Welt.

Einige Initiativen von Staaten, vor allem auf der regionalen Ebene, zeugen vom politischen Willen, Alternativen zu finden, zum Beispiel der Mercosur oder das ASEAN, deren wirtschaftliche Vorhaben keineswegs der Schaffung von Freihandelszonen zwischen den Ländern der Region und den USA entsprechen. Schließlich muss man im Bereich des internationalen Rechts die zahlreichen Initiativen auf dem Gebiet der Menschenrechte

oder der Völkerrechte gegenüber dem Wirtschaftsrecht erwähnen, unter anderem die Initiativen für einen Weltstraftgerichtshof oder die internationale Liga für die Rechte der Völker.

3. Die kurzfristigen Alternativen

Damit man von glaubwürdigen Alternativen reden kann, sollten nicht nur ein Endziel festgelegt und mittelfristige Ziele formuliert, sondern auch kurzfristige Vorschläge entwickelt werden, welche die Grundlage für Forderungen und politische Programme bilden können.

Einen Katalog solcher Vorschläge aufzustellen wäre unmöglich, aber es reicht aus, einige Beispiele zu benennen, um zu beweisen, dass es möglich ist, solche Alternativen zu schaffen.

Die meisten betreffen den Bereich der Regulierungsmaßnahmen, aber sie werden als Schritte in einem langfristigen Prozess betrachtet, sei es um die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen zu humanisieren, sei es um sie zu verändern.

Man kann sie folgendermaßen ordnen:

- *Ökonomische Regulierungen:* Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen, regionales und internationales Steuerrecht, Abschaffung der Steueroasen, Streichung der Schulden der armen Länder, regionale Zusammenschlüsse in der Form von gemeinsamen Märkten oder Zonen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Restrukturierung der internationalen Finanzinstitutionen usw.

- *Ökologische Regulierungen:* Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen, Schutz des biologischen Reichtums, Schaffung von internationalen Regelungen zur Umweltverschmutzung, Umsetzung der Agenda 21 usw.

- *Soziale Regulierungen:* Internationales Arbeitsrecht, Verhaltenscodex der internationalen Investoren, Beteiligung der Vertretungsorgane der Werktätigen in den regionalen und internationalen Instanzen usw.

- *Politische Regulierungen:* Schaffung von regionalen Machtinstanzen mit einer regulierenden Kompetenz in Sachen Ökonomie und Soziales, Umorganisation der Organe der Vereinten Nationen, weltweite Verwaltung der ökologischen und kulturellen Güter, Weltparlament

- *Kulturelle Regulierungen:* Schutz der nationalen oder lokalen kulturellen Werke.

Ich möchte mit der Feststellung abschließen, dass Alternativen vorhanden sind. Es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass sie glaubwürdig sind. Ihre Verwirklichung hängt im Endeffekt vom Willen ab, diese umzusetzen. Zurzeit stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit auf der Ebene nicht mehr der Alternativen, sondern des kollektiven Handelns. Gibt es soziale Formen, die diese kurzfristigen und mittelfristigen alternativen Projekte tragen können? Ist der politische Wille vorhanden, sie zu verwirklichen? Das ist eine andere Debatte, die man rasch führen sollte.

Bibliographie

AMIN S., *L'hégémonisme américain face au projet européen*, Paris, L'Harmattan, 2000.

HOLSBAWN E.J., *L'âge des extrêmes, Histoire du court XXème Siècle*, Bruxelles, Complexe, Paris, Le Monde diplomatique, 1999.

GEMDEV, *Mondialisation - Les mots et les choses*, Paris, Karthala, 1999.

HOUTART F. et POLET F., *L'Autre Davos; mondialisation des résistances et des luttes*, Paris, L'Harmattan, 1999.

POLANYI K, et AREMBERG C. *Les systèmes économiques dans l'histoire et la théorie*, Paris, Larousse, 1975.

REICH, R., *L'économie mondialisée*, Paris, Dunod, 1993.

SEVE L. *Commencer par les fins, la nouvelle question communiste*, Paris, La Dispute, 1999

SOROS G., *La crise du capitalisme ou l'intégrisme des marchés*, Paris,

Übersetzerin, Marie-Dominique Vernhes

2. Mit ATTAC die Zukunft zurückerobern. Manifest 2002

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 3/2002, S. 347-362. <http://www.blaetter.de/>

Auch für Frankreich ist 2002 ein Jahr entscheidender Wahlen. Zu dessen Auftakt unterbreitete der französische Zweig der ATTAC-Bewegung am 19. Januar einer sechstausendköpfigen Versammlung im Pariser Konzertsaal „Zenith“ das „Manifest 2002“. Unter dem Motto „Mit ATTAC die Zukunft zurückerobern“ wagen die Verfasser eine ebenso kenntnisreiche wie kühne Synthese der „Globalisierungskritik“, die von Seattle bis Porto Alegre immer weitere Kreise zieht. Was da aus dem Blickwinkel der französischen (Mutter-)Bewegung diagnostiziert, vorgeschlagen und gefordert wird, trägt naturgemäß stark französische Akzente. Aber das verwischt nicht, sondern verdeutlicht eher den europäischen und globalen Charakter der vorgelegten Agenda. Oft genügt es, beim Lesen einfach die genannten Institutionen, Akteure und Handlungsebenen zu „übersetzen“, also die des eigenen Landes einzusetzen, um die Relevanz des Gesagten auch für die deutschen Verhältnisse zu erkennen. Wählen die Nachbarn in diesem Jahr ihren Präsidenten und die Nationalversammlung neu, so haben wir hierzulande einen langen, möglicherweise folgenschweren Bundestagswahlkampf vor uns. Intervention, Bürgeraktion, Bürgerbewegung stehen also in diesem wie in anderen Ländern auf der Agenda der Demokratie obenan. – Wir unterbreiten das „Manifest 2002“ nachstehend erstmals der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, in vollständiger deutscher Übersetzung (von Brigitte Schulte und Annette Heiss sowie Marietta Winkler von Mohrenfels und Yan-Christoph Pelz). – D. Red.

Eine Bewegung, die die politischen Koordinaten verändert ...

Während seines fast vierjährigen Bestehens hat Attac Analysen über die verheerenden Folgen der neoliberalen Globalisierung gemacht, die sich leider täglich bestätigen. Aber Attac hat sich darauf nicht beschränkt. Die Organisation hat die Öffentlichkeit, die Abgeordneten, die Regierungen und die internationalen Organisationen mit Alternativen konfrontiert. Von Seattle im November 1999 bis Porto Alegre im Januar 2002 war Attac dabei und wird auch weiterhin an allen großen Aktionen der sozialen Bewegungen teilnehmen. Attac wird überall dort präsent sein, wo über Alternativen nachgedacht und Aktionen durchgeführt werden, die zeigen, dass „eine andere Welt möglich ist“. Auch in den Diskussionen im Wahljahr wird sich Attac zu Wort melden. Aber die Bewegung wird das auf ihre Weise tun.

Denn Attac ist keine Partei; keiner der Verantwortlichen bewirbt sich um ein Mandat, Attac wird auch keine Kandidaten aufstellen oder unterstützen. Als Bewegung, die Aufklärung und Aktion nicht voneinander trennt,

wird Attac jedoch in der Auseinandersetzung der nächsten Monate die Rolle eines demokratischen Motors spielen. Wie wird dies geschehen? Nicht in Gesprächen mit Kandidaten und Parteien hinter verschlossenen Türen, sondern indem wir uns direkt an die Bürgerinnen und Bürger wenden. Sie sind es, die wir davon überzeugen wollen, dass die gegenwärtige Politik nicht die einzig mögliche ist und dass weltweit Hunderte von Millionen Menschen genauso denken. Dies ist nach den Ereignissen des 11. September um so dringlicher, da die militaristischen, unsozialen und demokratiefeindlichen Tendenzen – die Gunst der Stunde nutzend – die Probleme, die die Welt auch schon am 10. September kannte, nur noch verschlimmert haben.

Wir wollen daran arbeiten, dass politisches Denken nach fast einem Vierteljahrhundert neoliberaler Gehirnwäsche sich wieder frei entfalten kann. Denn es sind die Ideen, die die Welt verändern. Die zweihundert Jahre alte Ideologie des Liberalismus, dem man kurzerhand einen modernen Anstrich verpasste, hat jedoch intellektuellen Schiffbruch erlitten, auch wenn sie bei den Entscheidungsträgern noch immer hoch im Kurs steht. In Argenti-

nien hat der Neoliberalismus gerade Bankrott gemacht, nachdem er den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört und Millionen Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit getrieben hat.

Nie wieder! Dieser Schwur der vom Terror der Militärdiktaturen befreiten Demokraten gilt auch für alle, die sich von der Diktatur der Märkte befreien wollen. Deshalb kämpft Attac für die Besteuerung der Finanzspekulation, insbesondere für die Tobinsteuer auf Devisenhandel, für die Auflösung der Steuerparadiese und Off-Shore-Bankzentren, diese zynischen und schändlichen Hinterhöfe der internationalen Finanzmärkte und Schlupfwinkel für Schwerverbrecher und Kriminelle in Nadelstreifen. Deshalb kämpft Attac für die Streichung der Schulden der Entwicklungsländer – die ohnehin bereits mehrfach zurückgezahlt wurden – und für die Rückerstattung der gigantischen Summen, die den Völkern von korrupten Machthabern und Diktatoren jeglicher Couleur mit dem heimlichen Einverständnis der Banken, Finanzinstitutionen und Regierungen des Nordens entwendet und im Ausland deponiert wurden. Auch in Frankreich greift die Finanzmarktlogik immer mehr um sich. Attac setzt dem Widerstand und Alternativen entgegen. Jede und jeder kann sich mit ihnen vertraut machen, über sie diskutieren und ggf. auch Mitglied werden, um mitzuhelfen, dass aus Attac eine Bewegung wird, die – um den Dichter Baudelaire ⁽¹⁾ zu zitieren – „die Koordinaten verschiebt“.

Mit Attac die Zukunft wieder selbst gestalten

Ebenso wie in anderen großen Ländern haben Wahlen in Frankreich eine Tragweite, die über die Landesgrenzen hinaus reicht. Frankreich ist ein wichtiges Mitglied der Europäischen Union (EU) und kann deren Politik beeinflussen oder sie in bestimmten Fällen sogar scheitern lassen. Dies gilt insbesondere für die Welthandelsorganisation (WTO); auch im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank hat Frankreich einen Sitz; Frankreich ist Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in der Entscheidungen im Konsens getroffen werden und folglich der Zustimmung Frankreichs

bedürfen; Frankreich ist Mitglied des Nordatlantikpakt (NATO), der theoretisch ebenfalls nach dem Konsensprinzip arbeitet; Frankreich ist ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNO). Und dies sind nur die wichtigsten multilateralen Organisationen, denen Frankreich angehört. Das Land verfügt also über ein breites Instrumentarium, von dem die wenigsten – nicht einmal die Parlamentarier – wirklich wissen, wie es genutzt wird.

Dennoch werden in diesen Gremien, die meistens nur das Ziel verfolgen, die neoliberale Globalisierung zu fördern und zu flankieren, strukturbildende Entscheidungen getroffen, die sich nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf viele andere Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, auswirken. Diese Beschlüsse werden anschließend der Öffentlichkeit als unvermeidliche Entscheidungen aus „Brüssel“, der WTO, des IWF, der Weltbank, der OECD etc. dargestellt, als ob es sich um Institutionen handelte, mit denen unsere Regierung nichts zu tun hätte und bei denen keine andere Wahl bestünde, als sich ihnen zu unterwerfen. Dabei haben die Vertreter der französischen Regierung diesen Beschlüssen ausdrücklich zugestimmt.

Es ist also höchste Zeit, diese Institutionen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, und jenen, die dort in unserem Namen politisch mitentscheiden, Rechenschaft abzuverlangen. Denn dort fallen die wichtigen Entscheidungen! Und da die Wähler der eigentliche Souverän der Demokratie sind, ist es auch ihr gutes Recht zu erfahren, was in diesen dunklen Zonen der Demokratie vor sich geht. Bei welcher Wahl gab es je Kandidaten, die sich zu diesen Fragen geäußert hätten? An die Regierung übertragen die Wähler einen großen, ja sogar den substantiellen Teil ihrer Souveränität. Aber genau dadurch werden die Bürgerinnen und Bürger der Möglichkeit beraubt, ihre Kontrollfunktion auszuüben. Das ist das Gegenteil partizipatorischer Demokratie. Wenn es Attac 2002 gelingt, die französische Politik und insbesondere die des Wirtschafts- und Finanzministeriums in den oben genannten Organisationen zur Diskussion zu stellen und dazu beizutragen, dass sie unter die Kontrolle der Volksvertreter kommt, dann wird Attac

seinen Auftrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit – und des Parlaments! – nicht verfehlen.

In erster Linie muss bei den Entscheidungsmechanismen der Europäischen Union angesetzt werden. Die Angelegenheiten der Gemeinschaft sind in wachsendem Maße zugleich französische, belgische, spanische, deutsche usw. Belange. Es gibt nur noch wenige Bereiche, in denen die nationale Politik noch völlig autonom bleibt – das gilt selbst für Bereiche, wo es möglich wäre. Nationale Politik ist in immer stärkerem Maße lediglich die Umsetzung von Entscheidungen, die entweder durch die 15 Regierungen oder durch unabhängige Instanzen getroffen wurden, die jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen sind: die Europäische Kommission oder die Europäische Zentralbank. Die Mühlen der Gemeinschaft funktionieren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, reibungslos als Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Flexibilisierungsmaschinerie, weitgehend losgelöst von den Interessen der Bevölkerung. Damit verkehrt sich die allgemeine Akzeptanz öffentlicher Verwaltung in eine Politik der Gemeinschaft, die öffentliche Einrichtungen diskreditiert.

Welche Institutionen sich jede/r Einzelne auch immer für die Zukunft Europas wünschen mag – und die Meinungen dazu gehen legitimerweise auseinander – es muss dringend eine starke parlamentarische Kontrolle über die EU-Politik hergestellt werden. In erster Linie durch die nationalen Abgeordneten, aber auch – wenn man einem föderalistischen Konzept anhängt – durch das Europaparlament. Lösungen gibt es, allerdings nur wenn der politische Wille vorhanden ist. Geben wir uns jedoch keinen Illusionen hin: Nahezu alle führenden Politiker – ob an der Regierung oder danach strebend – fühlen sich in diesen Zuständen sehr wohl. Real werden die europäischen Entscheidungen von den nationalen Exekutiven getroffen, da die Regierungen den Ministerrat bestimmen. Dieser wiederum bildet faktisch die Legislative, während das Europäische Parlament nur eine sehr begrenzte Rolle spielt.

Dieses System macht es übrigens auch möglich, den Bürgerinnen und Bürgern auf dem

Umweg über die EU unpopuläre Maßnahmen „unterzujubeln“, die die Regierungen auf nationaler Ebene nur mit großen Schwierigkeiten durchsetzen könnten. Die zukünftigen Parlamentarier müssten als Erstes verlangen, dass sie – und mit ihnen die Wähler – in den wesentlichen europäischen Angelegenheiten nicht nur eine Statistenrolle spielen. In der öffentlichen Debatte wird sich zeigen, ob sie dazu bereit sind.

Während schon die Entscheidungsmechanismen der EU ein beträchtliches demokratisches Defizit erkennen lassen, unterliegen diejenigen in den internationalen Finanzinstitutionen praktisch der Geheimhaltung. Wenn man die katastrophale Rolle kennt, die Weltbank und IWF in den meisten Entwicklungsländern spielen, dann sollte man wissen, welche Maßnahmen der französische Vertreter in beiden Institutionen (in denen Frankreich einen Stimmenanteil von 5% hat) unterstützt oder ablehnt. Leider kennen wir die Antwort: ebenso wie bei den anderen europäischen Ländern ist es die systematische Anpassung an die Positionen Washingtons. In Asien, Afrika und Lateinamerika werden die Völker durch die Schuldenlast ausgeblutet und durch die Konditionen der Strukturanpassungsprogramme, die nichts anderes als die Umsetzung ultraliberaler Konzepte sind, geknebelt. Völlig zu Recht wird die Verantwortung dafür der Weltbank und dem IWF angelastet. Aber mit gleichem Recht können die Regierungen angeklagt werden, die in diesen Institutionen letztlich die Entscheidungen treffen – unter ihnen die französische – und folglich auch diejenigen, die zulassen, dass diese Regierungen so handeln: nämlich wir, die Bürgerinnen und Bürger der Industrieländer.

Diese Entscheidungen sind Geheimsache des Finanzministeriums. Die Parlamentarier bekommen erst seit kurzem jährlich einen äußerst dürftigen Bericht, der im Nachhinein vom Finanzministerium erstellt wird. Diese Situation ist nicht akzeptabel und bringt die sozialen Bewegungen sowie die Abgeordneten in eine heikle Lage gegenüber den Ländern, die sie unterstützen wollen. Bei einer konsequenten Linie besteht die wichtigste Aufgabe darin, eine öffentliche Kontrolle des Parlamentes und innerhalb eines akzeptablen

Zeitraums Stellungnahmen der Regierungsvertreter einzufordern, die ihrerseits Möglichkeiten an die Hand bekommen sollten, die Bürgerbewegungen zu informieren. Die Schaffung dauerhafter Strukturen, ähnlich der bereits praktizierten Entsendung von Vertretern beider Parlamentskammern in die EU, könnte dies ermöglichen. Dies sollte sich nicht auf die Weltbank und den IWF beschränken, sondern sich natürlich auch auf die Vorhut der neoliberalen Globalisierung, nämlich die WTO und die OECD erstrecken, ebenso auf die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), auf die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und auf zehn weitere multilaterale Institutionen, in denen uns direkt betreffende Entscheidungen getroffen werden, die aber niemand außer dem zuständigen Ministerium kontrolliert oder überhaupt kennt.

Es ist ein riesiges Feld, auf dem die repräsentative und partizipatorische Demokratie ausgeübt werden können, das jedoch von diesen Institutionen und ihren Praktiken kaum bearbeitet wird. Es ist ein international zu bestellendes Feld. Sich dieser Aufgabe zuzuwenden, bedeutet für Abgeordnete und Bürger gleichermaßen, Schluss zu machen mit Politik als Schaugeschäft und in das Zentrum der Macht vorzudringen. Die Herausforderungen für die Demokratie auf nationaler Ebene sowie die Solidarität mit der übrigen Welt sind von planetarischen Dimensionen.

Die Zukunft der Arbeit im Zentrum der Reorganisation der Gesellschaft

Frankreich und Europa haben wie alle OECD-Staaten das große Problem der Arbeitslosigkeit, das verschiedene Ausprägungen annimmt. Die Wurzel des Übels liegt in der zunehmenden Ausrichtung der Wirtschaft auf die Finanzmärkte. Das führt zu einem verhängnisvollen Teufelskreis: die spekulativen Blasen an den Finanzmärkten profitieren zwar von Produktivitätszuwächsen, die Gewinne daraus werden aber nicht an die Arbeitnehmer weitergegeben. Die Löhne werden bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung gedrückt, sodass eine extreme Umverteilung stattfindet.

Diese restriktive Lohnpolitik führt wiederum zu einem mageren Wachstum. Gewinne werden nicht investiert, sondern in Finanzanlagen gesteckt. Das führt zur ständigen Forderung der Arbeitgeber, die Lohnkosten und Sozialausgaben zu verringern, ein Druck, der allgemein zu immer unsichereren Beschäftigungsverhältnissen führt: unsichere Verträge; Teilzeitarbeit vor allem für Frauen, Dequalifizierung usw. Die Kündigungen bei Michelin und Danone ausschließlich zur „Pflege“ der Aktienkurse verdeutlichen den Zusammenhang zwischen Finanzspekulation und Abbau von Arbeitsplätzen.

Wagen wir es, dieser Abwärtsspirale eine Neubewertung der Bedeutung des Arbeitslohns entgegenzusetzen. Der Gedanke, dass Vollbeschäftigung eine rückwärtsgewandte oder gefährliche Utopie darstellt, weil sie die Inflation anheizt, ist nichts anderes als das Feigenblatt eines konservativen Diskurses, der die wahren Interessen der Wirtschaft verdeckt, die jegliche Änderung der Einkommensverteilung verhindern will.

Sowohl eine reale Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitsplätze schafft, als auch das reibungslose Funktionieren des solidarischen Rentensystems, setzen eine Senkung der Einkommen aus Finanzvermögen voraus. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung bedeutet folglich auch Lohnausgleich.

Die Arbeitnehmer und diejenigen, denen gekündigt wurde, widersetzen sich den Gehaltsvorstellungen des Arbeitgeberverbandes Medef (Unternehmerverband in Frankreich) und fordern einen Arbeitnehmerstatus, der sie vor unsicheren Arbeitsverhältnissen und der Zersplitterung der Tarife schützt. Sie drängen auf eine gesellschaftliche Umgestaltung.

Öffentliche Dienstleistungen schützen und reformieren

Auch wenn die öffentlichen Dienstleistungen nicht perfekt sind, so bilden sie doch die Struktur einer anderen als nur auf Marktprinzipien beruhenden sozialen Ordnung ab. Sie garantieren einen gleichberechtigten Zugang für alle, Gleichheit bei Gebühren und gleiche Behandlung. Sie sind der Beweis dafür, dass sich manche Bereiche der Gesellschaft dem Zwang finanzieller Rentabilität entziehen

können, aber trotzdem erfolgreich sind: In Frankreich sind das Verkehrsnetz, das Kommunikations- und Energienetz, das öffentliche Gesundheitssystem – das von der Weltgesundheitsorganisation als das beste der Welt angesehen wird – und das Bildungswesen ungeachtet einigen Reformbedarfs äußerst leistungsfähig.

Dabei geht es um viel Geld. Diese öffentlichen Einrichtungen entziehen privaten Finanzspekulationen sagenhafte Summen und spielen eine entscheidende Rolle dabei, dass die Logik des Profits in den elementaren Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht die Oberhand über das Gemeinwohl gewinnt. Aus diesem Grund werden sie unablässig von Unternehmerseite angegriffen. Auf europäischer Ebene beschleunigen die Deregulierungen, die von der Kommission vorangetrieben und von den Regierungen beschlossen werden, den Verfallsprozess der öffentlichen Einrichtungen, wie beispielsweise in Großbritannien. Öffentliche Unternehmen werden schrittweise zu multinationalen Unternehmen umstrukturiert, mit dem letztendlichen Ziel der Privatisierung (EDF, GDF, SNCF). (2)

Die Welthandelsorganisation kämpft mit ihrem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) an vorderster Front für die Privatisierung aller Dienstleistungsbereiche. Für die WTO stellen diese Bereiche nichts anderes als Waren dar, darunter die elementaren Dienstleistungen der Daseinsfürsorge wie Gesundheit oder Bildung. Will man dieser Raffgier einen Strich durch die Rechnung machen, muss der Begriff des öffentlichen Interesses wieder ernst genommen und öffentlich, demokratisch, effizient und solidarisch gestärkt werden.

Kommt die Bildung unter den Hammer?

Die generelle Privatisierung der Bildung ist ein Ziel, das Artikel 1 des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) festschreibt. Der Wettlauf in Richtung Vermarktung nimmt je nach Land und Kontinent sehr unterschiedliche Züge an, ist jedoch immer mit einem ökonomischen und einem ideologischen Ziel verbunden. Wie die Charta von Porto Alegre in ihrem Ab-

schnitt über öffentliche Bildung aufzeigt, führt diese Logik der Dominanz des Privatwirtschaftlichen zu bodenlosen Ungleichheiten: ideologische Gleichschaltung durch die multinationalen Konzerne dieses Sektors, Privilegien der Reichen gegenüber den Armen und des Nordens gegenüber dem Süden, Vorrang des Schulbesuchs der Jungen auf Kosten der Mädchen usw.

In Frankreich kommt die neoliberale Offensive aus dem Bildungswesen selbst. Das liegt an der Besonderheit des französischen Bildungssystems, das auf der Grundlage der öffentlichen und laizistischen Schulen beruht. Dabei wird stets auf die „Werte des Unternehmertums“ hingewiesen, die letzten Endes jedoch nur die Werte der Arbeitgeber widerspiegeln. Auf diese Weise werden alle möglichen Maßnahmen gerechtfertigt: Reklame für multinationale Marken in den Schulen, Gebrauch pädagogischer Arbeitsmittel mit Schleichwerbung für Banken oder Unternehmen, sowie die Einführung des Wettbewerbs zwischen den Schulen. Die Umsetzung der liberalen Dogmen auf das Schulsystem führten vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit zu massiven Ungleichheiten zwischen den Schulen, zu Schulversagen und zum Verlust kultureller Orientierung. Das Misstrauen gegenüber den Schulen sowie die Gewalt, in der sich dieses Misstrauen nur allzu oft ausdrückt, sind einige der beunruhigendsten Anzeichen dafür. Nur wenn man mit diesen Dogmen bricht, wird es möglich sein, wieder Bildung für alle und pädagogischen und sozialen Erfolge zu haben.

Steuern – Teufelszeug oder Instrument für Gerechtigkeit und Solidarität?

Wer von Gemeinwohl und öffentlichen Dienstleistungen spricht, meint damit auch Finanzierung durch den Staat. Die Liberalen prangern Steuern als Ursache für sozialen Stillstand an, der angeblich die Eigeninitiative erstickt. Prompt versprechen unsere Regierungen „weniger Steuern“ ! Das ist die reinste Demagogie. Steuern sind für die Finanzierung gesellschaftlicher Ausgaben da und befriedigen somit kollektive Bedürfnisse. Nur über den Grad der Erfüllung dieser sozialen Bedürfnisse kann man feststellen, ob es „zu viele Steuern“ gibt oder nicht. Steuern müssen au-

ßerdem auf eine gerechte Art und Weise erhoben werden. Im Gegensatz zum heute üblichen wäre Steuergerechtigkeit, wenn die Bürger gemäß ihrem Einkommen oder Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen. Unser System der schwachen Steuerprogression ist weit davon entfernt! Es zeichnet sich durch geringes Aufkommen bei Einkommenssteuern aus, die zusammen mit der Vermögenssteuer die einzige Art progressiver steuerlicher Veranlagung darstellt. Diese Steuern betragen in Europa durchschnittlich 13% des Bruttoinlandsprodukts, in Dänemark 32%, in Frankreich aber lediglich 9,5%!

Besonders ungerecht ist die Mehrwertsteuer als wichtigste Steuerquelle (in Frankreich 45%, während die Einkommenssteuer bei 20% liegt), da der Sozialhilfeempfänger den gleichen Steuerbetrag entrichten muss wie der Vermögende, wenn er eine mehrwertsteuerpflichtige Ware oder Dienstleistung kauft. Stattdessen sollten die Einkommenssteuer und die Vermögenssteuer erhöht und auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben werden, um so die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital zu verringern.

Denn die Unternehmensteuer (etwa 250 Milliarden Francs) bringt weniger ein als die Einkommenssteuer (etwa 300 Milliarden Francs). In Anbetracht der Gewinnsteigerung der Unternehmen wäre es gerecht, den Steuersatz zu erhöhen und auf die unterschiedlichen Gewinne zu verteilen. Eine höhere Besteuerung würde demnach Gewinne belasten, die ohne Wertschöpfung erzielt wurden (Einkünfte aus Finanzgeschäften, Spekulation, usw.).

Unternehmen, die durch eine hohe Quote an unsicheren Arbeitsplätzen oder durch Verzicht auf den Faktor Arbeit überhaupt einen großen Mehrwert produzieren, sollten ebenfalls stärker besteuert werden.

Das Gesundheitswesen im Norden wie im Süden wiederherstellen

Es ist kaum bekannt, dass heutzutage Krankenhäuser an der Börse notiert werden. Diese Unternehmen haben eine besondere Struktur, bei der die Patienten den Rohstoff bilden. Sie sind natürlich teurer als Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, aber sie verlangen

ständig beträchtliche öffentliche Mittel für ihre Betriebsausgaben. Diese Situation gibt uns einen Vorgeschmack auf ein Gesundheitssystem, das nur noch der Logik des Marktes unterliegt.

Tatsächlich führen die Interessen der multinationalen Pharmakonzerne sowie die Orientierung an betriebswirtschaftlichem Rentabilitätsdenken unter dem Deckmäntelchen von „Kostenkontrolle“ und „Sparmaßnahmen“ zu einem immer teureren und anfälligeren Gesundheitssystem mit zunehmend ausschließendem Charakter gegenüber weniger zahlungskräftigen Patienten. Diese Art der Medizin und ihre Institutionen, die nur oberflächlich die Symptome behandeln, berücksichtigen häufig nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen und reduzieren das Gesundheitswesen oft auf die Verordnung von quantifizierbaren und „rentablen“ Behandlungen.

Durch diese von der WTO bis zum äußersten getriebene Logik werden die Vermarktung des Gesundheitswesens, der vermehrte Einsatz von Einwanderern, also „billigerem“ Pflegepersonal, die kontinuierliche Senkung der „Gesundheitskosten“ (Schließung kleiner Einrichtungen, von Geburtshilfestationen, Abbau der Bettenzahl, Wettbewerb zwischen den Einrichtungen usw.) vorangetrieben. Diese Marktlogik erschwert die Mobilisierung finanzieller Mittel für die Bekämpfung von AIDS und anderen Seuchen. Zum Schutz ihrer finanziellen Interessen ging die Pharmaindustrie beispielsweise so weit, Brasilien und Südafrika die Herstellung von Generika zu niedrigeren Kosten verbieten zu wollen. Nur die Mobilisierung der internationalen öffentlichen Meinung hat zaghafte Fortschritte auf der WTO-Konferenz von Doha ermöglicht. Aber die Bedürfnisse der Länder des Südens werden weiterhin kaum berücksichtigt. Auf ihre Art leiden die „reichen“ Länder unter derselben Politik: Da das Solidaritätsprinzip im Krankheitsfall durch das Prinzip der Zahlungsfähigkeit ersetzt wurde, erhält derjenige, der zahlen kann, eine Behandlung, die sich nach der Höhe seiner finanziellen Mittel richtet. Die anderen werden einer zufallsbedingten Minimalmedizin anvertraut. Daher die Angriffe vor allem aus den höheren Etagen der Versicherungsunternehmen gegen unser

System der sozialen Sicherung, das auf der Solidarität durch Sozialversicherungsbeiträge und auf Gegenseitigkeit beruht.

Der Generationenvertrag – Renten aus massivem Gold

In Frankreich entgeht der überwiegende Teil der Rentengelder noch den Finanzmärkten. Es versteht sich, dass die 1100 Milliarden Francs, die jedes Jahr an die Rentner gezahlt werden, den Bankiers und Versicherungsträgern das Wasser im Mund zusammenlaufen lassen. Daher ihr massives Lobbying für die Einrichtung von privaten Rentenfonds, deren gegenwärtigen Pleiten jedoch auch deren Unzuverlässigkeit zeigen. Aber sie geben sich nicht damit zufrieden, die Rentengelder in die Hand zu bekommen. Die Arbeitgeber kämpfen auch darum, das Rentensystem für die Allgemeinheit zu verschlechtern, zunächst durch die Forderung nach einer Verlängerung der Beitragszahlungen. Erst dann soll die Rente in voller Höhe ausgezahlt werden. Die demographische Entwicklung wird als Argument angeführt: durch die steigende Rentnerzahl könne das derzeitige System nicht dem neuen Finanzierungsbedarf gerecht werden. Alle Studien ergeben jedoch, dass durch eine geringfügige Erhöhung der Beitragszahlungen der Arbeitgeber (laut französischem Rentenrat maximal 0,37 Punkte pro Jahr) das gegenwärtige Rentenniveau im Vergleich zur Lohnentwicklung gehalten werden könnte. Denn wenn nichts unternommen wird, führt die derzeitige Entwicklung zu einer relativ starken Senkung der Renten bis zum Jahr 2040 (etwa um 20% des Rentenniveaus). Eine Beitragserhöhung muss insofern stark relativiert werden, als der Anteil der Löhne am Mehrwert (das durch Unternehmen geschaffene Vermögen) in den letzten 20 Jahren um 10 Prozent gefallen ist. Es gibt also einen großen Handlungsspielraum. Eine Angleichung des Lohnanteils hätte übrigens neutrale Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, vorausgesetzt, dass sie durch eine Senkung der Dividenden der Aktionäre kompensiert würde. Diese sind allerdings jedes Jahr gestiegen. Katastrophenstimmung ist also nicht angebracht. Das solidarische Rentensystem hat Zukunft – man muss sich jedoch dafür einsetzen. Außerdem ist dieses System ein

tragendes Element unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. In diesem Umverteilungssystem bestimmt nicht die Situation an den Finanzmärkten die Höhe der Renten, sondern die Gesellschaft, die politisch entscheidet, wie groß der Anteil des erwirtschafteten Reichtums sein soll, der an die ältere Generation geht.

Wirtschaftliche Alternativen entwickeln und umsetzen

Für die neoliberale Denkweise ist die Ökonomie eine Wissenschaft, die weder Diskussionen, Alternativen noch Versuche duldet: Der Markt ist der alleinige Heilsbringer. Deshalb verdammt sie mal stärker, mal schwächer, je nach Zeitpunkt und Situation alles, was nicht in ihr Weltbild passt: öffentliche Einrichtungen, Genossenschaften, kooperative Bewegungen. Das sind Konzepte und Erfahrungen, die Wirtschaftliches und Soziales verbinden und Faktoren wie gegenseitigen Respekt, die Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sowie Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen.

Dieser vielfältige Sektor, der oft als soziale und solidarische Wirtschaft bezeichnet wird, weil er demokratische und partizipatorische Prinzipien verteidigt, kann den Bürgerinnen und Bürgern dazu verhelfen, sich die Wirtschaft von der lokalen bis zur globalen Ebene wieder zu Eigen zu machen. Diese Organisationsformen der Güter- und Dienstleistungsproduktion (Vereine, Verbände, Genossenschaften), die sowohl in den Ländern des Südens als auch des Nordens existieren, zeigen, dass Wirtschaft nicht unbedingt mit Ausbeutung, Spekulation, Verlagerung ins Ausland und Entlassungen einhergehen muss. Sie agieren zu Gunsten lokaler Zusammenhänge und der Bevölkerung und stellen nicht die betriebswirtschaftliche Logik in den Vordergrund.

Diese Unternehmen mit ihrer besonderen Rechtsform regen ein auf die Praxis ausgerichtetes Nachdenken über die Bedeutung gesellschaftlichen Eigentums an und zeigen, dass Alternativen möglich sind: solidarische, gerechte Alternativen, die die sozialen und ökologischen Gesetze und das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit weltweit einhalten.

Diese Vielfalt wirtschaftlicher Ansätze, die Schaffung spezifischer gesetzlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen und Regelungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge bieten also ausreichende Grundlagen für den Aufbau einer solidarischen Wirtschaft, und zwar hier und jetzt.

Die Bedrohung der Erde durch die Vermarktung

Die reichen Länder werden für Katastrophen wie Tankerunglücke, Chemieunfälle und BSE immer anfälliger. Industrielle und gesundheitliche Risiken nehmen aufgrund fehlender Vorsorge und Schutzmaßnahmen sowie die Abschaffung staatlicher Regulierung ständig zu. In den Ländern des Südens haben die ärmsten Bevölkerungsgruppen als erste unter der Umweltzerstörung zu leiden. Dennoch zwingen die Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank sie, ihre Ackerböden und Wälder für die Herstellung von Exportgütern zu opfern, um damit die Auslandsschulden begleichen zu können.

In diesem Zusammenhang folgt eine internationale Konferenz der anderen, aber sie enden stets mit einem faulen Kompromiss. Beispielsweise sieht das im Jahr 2001 gebilligte Kyoto-Protokoll vor, der Börse das Recht auf den Handel mit Emissionsrechten einzuräumen, ein Umweltschutz, der eben gerade durch das Gesetz des Marktes gefährdet wird. Es sind keinerlei Sanktionen vorgesehen, und unter dem Deckmäntelchen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die armen Länder sehen sich die reichen Länder von zwei Dritteln ihrer Verpflichtungen befreit, die sie in diesem Bereich zu leisten hätten.

Man muss diesen Teufelskreis durchbrechen. Das allgemeine, kollektive Eigentumsrecht auf öffentliche Güter und nicht erneuerbare Ressourcen ist unveräußerlich. Internationale demokratische Einrichtungen müssen sicherstellen, dass das eingehalten wird. Dazu müssen für jeden Bereich Standards eingeführt werden, die dem aktuellen Wissensstand entsprechen. Diese gehen einher mit spezifischen Verpflichtungen für jeden Staat, die vom jeweiligen Entwicklungsstand abhängen und gegebenenfalls von Sanktionen begleitet werden.

Der Einsatz ökonomischer Instrumente wie Ökosteuern, die das Verursacherprinzip stärken und das Konsumverhalten ändern, muss auf jeden Fall mit einer Strukturpolitik zur Veränderung von Produktionsprozessen verbunden werden. Zum Beispiel wäre eine Besteuerung von Warentransporten auf der Straße wenig wirksam, solange nicht gleichzeitig das Schienennetz ausgebaut wird.

Das Streben nach Wirtschaftswachstum ergibt nur dann einen Sinn, wenn es dem Wohle aller Menschen dient und die Lebenschancen zukünftiger Generationen erhält. Nicht jede Art von Wachstum ist wünschenswert. Notwendig ist ein Wachstum, das qualifizierte Arbeitsplätze garantiert und den Erhalt von Ökosystemen gewährleistet. Auf ein Wachstum, das zu unsicheren Arbeitsplätzen führt und die Umwelt zerstört, muss hingegen verzichtet werden.

Wasser – ein schützenswertes Allgemein-gut

Ohne Wasser gibt es kein Leben. Das ist eine hinreichende Unterscheidung zu einer Ware. Jeder Mensch müsste also Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, in einer für das Leben und für diverse Tätigkeiten ausreichenden Menge. Davon sind wir weit entfernt: Jeder dritte Erdbewohner hat keinen Zugang zu Trinkwasser, während innerhalb von weniger als einem halben Jahrhundert die Kontrolle über dieses wertvolle Naß und dessen Verkauf einem kleinen Kreis von finanzstarken Unternehmen zu Macht und Bereicherung verholfen haben.

In dieser Hinsicht spielt Frankreich eine besondere Rolle. Drei multinationale Konzerne (Vivendi, Suez, Saur-Bouygues) teilen sich durch gepachtete Konzessionen 77% der Trinkwasserversorgung und einen wachsenden Anteil an anderen Dienstleistungsbereichen (Stadtsanierung und Müllabfuhr).

In Frankreich verkaufen diese Unternehmen Wasser für durchschnittlich 20% mehr als die Gemeinden und die gemischten Konsortien, die die Trinkwasserversorgung in Eigenregie sicherstellen. Durch die damit erzielten Gewinne können sie ganz verschiedene Unternehmungen, vor allem im Bereich der Kommunikation, aufbauen. In zig Ländern welt-

weit besitzen sie das Wassermonopol. Vivendi und Suez stehen in diesem Bereich weltweit auf den ersten Plätzen.

In den „reichen“ Ländern erweisen sich die industrielle Landwirtschaft und Viehzucht nicht nur als die größten Wasserverbraucher, sondern auch als ökologisch besonders unverträglich. In den Ländern des Südens wird Wasser sowohl für die Aufrechterhaltung eines umweltschädlichen Wachstums, vor allem durch Staudämme, als auch als Mittel militärischer Überlegenheit benutzt.

Es ist also wichtig, Initiativen zu unterstützen, die sich für die Eindämmung des enormen Wasserverbrauches durch die landwirtschaftlichen Großbetriebe und die Eigenkontrolle über die Ressource Wassers einsetzen. International sollte sich die Öffentlichkeit die Kontrolle über das Wasser durch einen globalen Wasservertrag wieder zurückholen. Dementsprechend muss Frankreich fordern, Wasser als Gemeinschaftsgut der Menschheit aus den Verhandlungen über GATS auszuschließen.

Demokratie geht auch durch den Magen

Die ständige Verringerung der Landbevölkerung, ständig wiederkehrende Probleme mit Seuchen, Landverödung und die Zerstörung ökologisch wertvoller Agrarflächen: Alles weist darauf hin, dass es an der Zeit ist, ein anderes Landwirtschaftsmodell zu entwickeln, das sich nicht am Gewinn orientiert, wie heute in Frankreich und Europa üblich.

Rein gewinnorientierte Entscheidungen zwingen zu einer Niedrigpreis-Landwirtschaft, vernichten Einkommen aus landwirtschaftlicher Arbeit und folgen allein der kommerziellen Wettbewerbslogik. Diese Perspektive ist in jeder Hinsicht zerstörerisch.

Der Beruf des Bauern erfüllt nämlich drei Funktionen: Herstellung von Nahrungsmitteln in ausreichender Menge und Qualität, Sicherstellung einer sozialen Dimension durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und schließlich Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt, um die Weitergabe des Gemeingutes an nachfolgende Generationen sicherzustellen. Im Süden destabilisiert die industrielle Landwirtschaft

die lokalen Märkte, ruiniert die Subsistenzwirtschaft und reduziert die Ernährungssicherheit. Im Norden institutionalisiert sie eine problematische Dualität von Nahrungsmitteltypen, einerseits die Produkte der Nahrungsmittelindustrie, die in vielerlei Hinsicht gefährlich sind, andererseits einige Nischen mit Qualitätsprodukten, die den besser gestellten Konsumenten vorbehalten sind.

Der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft erfolgt auch im Bereich Ernährung. Deshalb sind Genmanipulation, genmanipulierte Organismen und Patente auf Leben in der Landwirtschaft – die einzig darauf abzielen, Landwirte und Konsumenten den Gesetzen des Marktes und einigen weltweit tätigen Agrokonzernen auszuliefern – nicht akzeptabel. Das Verbot der Patentierung von Lebewesen, die ein unveräußerliches Gemeingut der Menschheit sind, kann nur über die Aufhebung der entsprechenden europäischen Richtlinie erfolgen. Frankreich und Europa müssen den Bauern das Recht zuerkennen, wieder ihr eigenes Saatgut auszubringen und müssen deren Leistung und die der ländlichen Gemeinschaften für die Bewahrung der Artenvielfalt anerkennen.

Die kulturelle Vielfalt verteidigen

Jean-Marie Messier, Chef des multinationalen Konzerns Vivendi, hat durch seine Forderung nach einem Ende der „französischen kulturellen Ausnahme“ die Diskussion um die Vermarktung der Kultur wieder entfacht.

Frankreich ergriff staatliche Maßnahmen, um künstlerisches Schaffen und dessen Verbreitung, vor allem das Netz der Buchhandlungen, zu schützen. In einigen europäischen Ländern wurden ähnliche Gesetze verabschiedet.

Dabei geht es vor allem um die Preisbindung für Bücher, die Einführung von europäischen und nationalen Quoten für Radio- und Fernsehproduktionen (Musik und Spielfilme), die Verpflichtung der Fernsehkanäle (vor allem Canal+, der einzige gebührenpflichtige Kanal im Richtfunknetz), sich an der Filmproduktion zu beteiligen, sowie die Abgabe eines Teils der Kinoeintrittsgelder an europäische Filmschaffende.

Diese Maßnahmen zeigten einige positive Auswirkungen. Das Wiederaufleben des französischen Kinos wäre zum Beispiel ohne die Zuschüsse aus den erzielten Einnahmen nicht möglich gewesen.

Sicherlich sind durch den Tausch von Musik im Internet einige neue Fragen aufgeworfen worden. Aber auf europäischer Ebene müsste jede Reform das Ziel verfolgen, die Verbreitung von Kunst und Kultur zu erschwinglichen Preisen zu fördern und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Künstler ein ausreichendes Auskommen haben, um ihren Beruf ausüben zu können.

Die Haltung der multinationalen Unternehmen und Großkonzerne wird durch die Offensive von Jean-Marie Messier deutlich. Er möchte die Verpflichtungen für Canal+ und allgemein das System der Unterstützung des französischen Films abschaffen, um die Ausstrahlung amerikanischer Produktionen, die ohnehin bereits allgegenwärtig sind und an denen er ebenfalls beteiligt ist, zu erleichtern. Die französischen Produzenten haben sich dieser Herausforderung gestellt und den Kampf eröffnet. Wir unterstützen sie dabei.

Über die Grenzen hinaus agieren

Wir wollen uns eine gegebene Tatsache in Erinnerung rufen: Die neoliberale Globalisierung erfolgt weltweit. Die Widerstände, die ihr entgegenzusetzen sind, und die zu erarbeitenden Alternativen müssen also auf der gleichen Ebene ansetzen, um Wirkung zu zeigen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Zwischenebenen – also in unserem Fall die französische und die europäische Ebene – an Bedeutung verlieren würden: Auch wenn die Definition der Ziele grenzüberschreitend ist, so findet deren Umsetzung doch im spezifischen nationalen Umfeld statt, ohne dass es dafür überall eine einheitliche Vorgehensweise gäbe.

Daher richtet Attac seine Strategie und Aktionen von Anfang an auf die internationale Ebene aus. Angesichts einer globalisierten Finanzwelt erfordern die Regulierung und die Umverteilung tatsächlich einen weiträumigen Ansatz und eine kritische Masse. Deshalb haben wir in einem ersten Schritt, vor der Ausweitung auf die übrige Welt, nicht nur für

eine französische, sondern stets für eine europäische Tobin-Zone plädiert.

Allerdings darf das von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz zur Umsetzung dieser Maßnahme (jedoch nur, falls die anderen betroffenen Parlamente zustimmen) nicht als eine Art „Schwarzer Peter“ verstanden werden, der an andere weitergegeben wird. Es handelt sich um einen echten politischen Erfolg und eine wichtige Unterstützung für unsere europäischen Partner, die in ihren jeweiligen Ländern dafür kämpfen, dass dort eine solche Entscheidung getroffen wird. Diese Methode gilt für alle unsere wichtigen Kampagnen.

Der Schuldenerlass für die Länder der Dritten Welt war im Jahr 2000 Gegenstand der weltweiten Kampagne „Erlassjahr 2000“, der wir uns angeschlossen haben. Wir haben versucht, in Frankreich aktiv zu werden, da wir dort über Hebel und Druckmittel auf unsere eigene Regierung verfügen. Gleichzeitig haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Informations- und Aufklärungskampagne durchgeführt. Im Hinblick auf die Krise in Argentinien, die morgen vielleicht schon die Türkei oder ein anderes Land ereilen könnte, wurde die Schuldenfrage noch brisanter. Sie verdeutlicht die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der von der französischen Regierung im IWF und in anderen Gremien eingenommenen Position. Außerdem verschlimmert sie die Lage der Frauen, die in ganz besonderem Maße Opfer der neoliberalen Politik, aber auch die aktivsten Kämpferinnen für deren Verhinderung sind. Deshalb unterstützt Attac die weltweit vernetzten Fraueninitiativen.

Die gleiche Logik gilt für die Forderung nach Abschaffung der Steuerparadiese und OffshoreZentren. Die europäische Ebene scheint dafür der passende Rahmen zu sein, denn in Europa breiten sich diese rechtsfreien Zonen schnell aus. Unsere Aufklärungsarbeit (durch die Studien und Veröffentlichungen des wissenschaftlichen Beirates von Attac) sowie unsere Aktionen in Andorra, Jersey, Luxemburg und Monaco belegen das.

Die Vorhaben der Welthandelsorganisation (WTO) verknüpfen die lokale, nationale, gemeinschaftliche und internationale Ebene sehr

eng miteinander. Es gibt zwar eine einheitliche Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union, diese wird aber durch die Mitgliedsstaaten festgelegt. Daher können wir nur in unseren jeweils eigenen Ländern eingreifen.

Deshalb haben wir anlässlich der Verhandlung des Vertrages von Nizza im Jahre 2000 dafür gekämpft, dass die Einstimmigkeitsregel bei der Entscheidung über das Mandat der Kommission im Bereich des Handels mit Dienstleistungen erhalten bleibt. Ihr Mandat umfasst vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit und Kultur, die alle auch Gegenstand des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) sind. Andernfalls hätten wir einen wertvollen Hebel verloren, um dem Drang der Mehrheit der restlichen Mitgliedsstaaten nach freiem Warenaustausch entgegenzuwirken.

Unser nächster Kampf gegen die von der WTO ausgehenden Bedrohungen wird sich mit großer Sicherheit gegen die Genmanipulation richten. Die Regierung Bush will, nachdem sie den Erfolg von Doha erzielt hat, nun sehr schnell noch weiter gehen: Sie hat ihren Willen betont, die EU zur Erlaubnis von Importen neuer genmanipulierter Produkte zu zwingen, damit die Gewinnsucht amerikanischer multinationaler Agro- und Chemiekonzerne befriedigt werden kann. Gelinde gesagt kann man nicht auf die Entschiedenheit der Europäischen Kommission zählen. Aber da die Entscheidung letzten Endes von den 15 Mitgliedstaaten getroffen wird, müssen uns die Kandidaten der nächsten Wahlen unverzüglich Rede und Antwort stehen: Importgenehmigung – ja oder nein?

Es wird deutlich, dass wir innerhalb eines meist europäischen oder internationalen Rahmens handeln, da auf diesen Ebenen die relevanten Entscheidungen getroffen werden. Dennoch bedeutet das in jedem Fall, dass wir uns zunächst vorrangig in Frankreich mobilisieren, und zwar gemeinsam. Attac bleibt stets offen für Kooperation und sucht die Übereinstimmung mit anderen Bewegungen, die dieselben Ziele verfolgen. Die Tatsache, dass unterschiedliche Vereinigungen und Gewerkschaften zu unseren Gründungsmitgliedern zählen, ist ein besonders wertvoller

Pluspunkt. Das erlaubt uns, von deren eigenem Engagement, von ihrem Wissen und ihren Erfahrungen, die sie im Laufe der Jahre erworben haben, zu profitieren.

Auf internationaler Ebene gilt die gleiche Logik. Wir nehmen unsere Partnerbewegungen so wie sie sind. Ihr Charakter und ihre sonstigen Ziele weisen von Fall zu Fall beträchtliche Unterschiede auf. Die Einrichtung eines Netzes von Attac-Verbänden, die bereits in 40 Ländern präsent sind, stellt natürlich einen beachtenswerten Aspekt dieser Strategie dar. Viele dieser Verbände spielen die gleiche Rolle wie Attac Frankreich: Sie sind Knotenpunkte für kämpferische, pluralistische Kräfte und sie lassen sich nicht vor fremde Karren spannen. Es fällt übrigens auf, dass man überall die beiden gleichen Merkmale wie bei uns finden kann: Ein spontan angenommenes Profil einer handlungsorientierten Aufklärungsbewegung und die Fähigkeit, Männer und Frauen einzubeziehen, die sich nicht unbedingt damit anfreunden können, in eine Partei einzutreten, nicht einmal in eine Gewerkschaft. Attac nimmt auf diese Weise Kräfte im Kampf gegen die neoliberale Mobilisierung und für die Erarbeitung von Alternativen auf, die bisher noch keinen organisierten Rahmen gefunden haben, um ihren Wunsch nach gemeinsamem Denken und Handeln zu realisieren.

Das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre, zu dessen Entwicklung Attac einen großen Teil beigetragen hat, ist dieses Mal auf weltweiter Ebene Ausdruck für den überall vorhandenen Willen, Kämpfe, Hoffnungen und Vorschläge zu globalisieren. Dort finden sich Gewerkschaften, Vereine, NGOs sowie Abgeordnete aus aller Welt gleichermaßen ein.

Wir fürchten diesen engen Dialog mit den politischen Verantwortlichen absolut nicht. Er wird im gegenseitigen Respekt vor der Identität und Verantwortung des jeweiligen Gegenübers geführt. Er mindert damit keineswegs unsere Unabhängigkeit von ihnen und er kann sie ermuntern, die Anliegen der sozialen Bewegungen besser zu verstehen, die meistens entschärft und verwässert in den nationalen Parlamentsstuben und Regierungspalästen ankommen.

Hier ist das WSF ein Mittel, die repräsentativen Demokratie mit mehr Leben zu erfüllen, nach dem weltweit bekannten Beispiel der Gastgeber-Stadt des WSF Porto Alegre, und das mit der Forderung nach partizipativer Demokratie zum Ausdruck zu bringen.

Attac in Frankreich und in 39 weiteren Ländern

Laut seiner Satzung wurde Attac am 3. Juni 1998 in Frankreich mit folgenden Zielen gegründet: „Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterial sowie Förderung und Durchführung von Aktionen jeder Art, damit die Bürger die Macht zurückgewinnen, die die Finanzwelt auf alle Aspekte des öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der ganzen Welt ausübt. Zu diesen Mitteln gehört die Besteuerung der Transaktionen auf dem Devisenmarkt (Tobinsteuer).“ Das heißt, dass Attac zum einen seine Aufgabe in der öffentlichen Aufklärung und in Aktionen gegen die Diktatur der Märkte sieht, sich diese Aufgabe zum anderen aber nicht nur in einem internationalen Rahmen setzt, sondern auch in einem internationalistischen. Die Solidarität mit den Gesellschaften der anderen Länder der Welt steht dabei im Mittelpunkt seiner Vorgehensweise.

In Frankreich ist Attac sehr schnell gewachsen: Ende November 2001 zählte die Organisation bereits 28 000 Mitglieder (das sind 17% Steigerung im Vergleich zum Vorjahr) sowie 230 Lokalkomitees, die die Aktivitäten in allen Regionen einschließlich der französischen Übersee-Gebiete betreuen.

In zahlreichen Ländern haben sich spontan Attac-Gruppen gebildet. Das beweist, dass dieses Konzept, das den liberalen Dogmen Reflexion und Aktion entgegensetzt, weit über die Grenzen Frankreichs hinaus Anklang findet. Im Moment gibt es 39 Gruppen, die bereits gegründet sind oder kurz vor der Gründung stehen. Diese befinden sich in folgenden Kontinenten und Ländern:

Afrika: Burkina Faso, Kamerun, Marokko, Mali, Senegal, Tunesien

Lateinamerika: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela

Nordamerika: Quebec

Asien: Japan

Europa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Vereinigtes Königreich (Nordirland), Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Republik Irland, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn.

Auch wenn sich diese Organisationen alle mit dem Programm der internationalen Bewegung Attac identifizieren, das im Dezember 1998 verabschiedet wurde, so hat doch jede ihre eigene Geschichte und ihre eigenen Funktionsweisen. Es handelt sich um ein Netz ohne Zentrale, innerhalb dessen die Information ständig zirkuliert, dank gemeinsamer Instrumente wie Arbeitsunterlagen, Website und mehrsprachige Newsletter

(<http://www.attac.org>) und auch dank kontinentaler und weltweiter Treffen (zum Beispiel anlässlich des Weltsozialforums in Porto Alegre). Alle diese Organisationen nutzen das selbe rot-weiße Logo, das man auf den Fahnen und Transparenten bei den großen Veranstaltungen in allen Kontinenten wiederfindet.

In Europa, egal ob in Millau, Nizza, Göteborg, Genf oder Brüssel, hat Attac seine Fähigkeit bewiesen, sehr viele Aktivisten gegen die ultraliberale Politik der internationalen Finanzinstitutionen, der G8 und der EU zu mobilisieren.

Anmerkungen:

(1) Charles Baudelaire (1821-1867), Je hais le mouvement qui déplace les lignes [La Beauté, in: Les Fleurs du Mal, Blumen des Bösen] (Anm. d. Übs.).

(2) Die französischen öffentlichen Energieversorgungsbetriebe und Eisenbahnen. – Anm. d. Übs.